antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 56 April 2007

Lübeck sagt Nazis den Kampf an

Arbeitskreis gegen Neonazis mobilisiert über 4000 Lübecker Bürger

Auch dieses Jahr rief die NPD am 31.3. wieder zu ihrer mittlerweile alljährlich stattfindenden Demonstration zum ´Gedenken an die Opfer des alliierten Bombenterrors` auf.

Die seit 2006 bestehende Gegenbewegung **‚Arbeitskreis gegen Neonazis – Wir können sie stoppen‘**, bestehend aus Kirchen, Gewerkschaften und verschiedenen antifaschistischen Organisationen wie u.a. der VVN-BdA, arbeitete auch 2007 wieder erfolgreich zusammen. Über 4000 sehr unterschiedliche Menschen konnten mobilisiert werden, sich an der friedlichen Gegendemonstration zu beteiligen.

Die genehmigte Demonstrationsroute wurde nicht angetreten, da sie offenkundig das Ziel verfolgte, die Gegendemonstration von den Nazis weg ins Leere laufen zu lassen. Stattdessen postierten sich die Anwesenden nach der Kundgebung entlang der von der Polizei hermetisch abgeriegelten Nazi-Route, um wenigstens aus einiger Entfernung mit lauten Pfiffen und Rufen ihren Protest kundzutun. Angesichts dieser Übermacht an Gegendemonstranten wurde die ohnehin schon kurze Route der ca. 300 anwesenden Rechten von der Polizei um mehrere 100 m verkürzt. Ihre Kundgebung verhallte daher ungehört auf einer menschenleeren Straße.

Alles in allem also ein erfolgreicher Tag! Der größte Erfolg ist, dass unser ‚Arbeitskreis gegen Neonazis‘ den Antifaschismus in Lübeck wieder salonfähig gemacht hat. Sogar die Fraktionen der Bürgerschaft forderten zu Teilnahme an der Gegendemo auf. Einzig die Junge Union, die Jungen Liberalen und die FDP unternahmen mit Schmähschriften in der Zeitung bzw. in der Bürgerschaft. Versuche, den Arbeitskreis zu spalten, der jedoch stark und unbeirrbar zusammenhielt. Probst Meister: „Gegen rechts aufzustehen, ist nicht falsch, auch wenn man es mit denen macht, mit denen man sonst nicht viel gemeinsam hat.“

Die VVN-Bund der Antifaschisten nahm in ihrem Redebeitrag zu diesen diskriminierenden Äußerungen auch Stellung:

„In Kenntnis der neofaschistischen Machenschaften der NPD ist es beschämend, die Menschen, die diese Demonstration vorbereitet haben, mit den Neonazis gleichzusetzen.

Die VVN-BdA ist 1947 von Menschen gegründet worden, die während der Nazizeit Widerstand leisteten und dafür jahrelang in KZ verbrachten. Lübecker Bürger, Christen, Sozialdemokraten, Kommunisten und andere haben ihr Leben im Widerstand gelassen.

Die nachfolgende Generation, die sich in dem Bündnis zu dieser Demonstration zusammengefunden hat, in dieser Form zu beleidigen, kann so nicht hingenommen werden. Wir erwarten eine Entschuldigung.

Wer mit solchen Äußerungen oder mit verlogenen Verfassungsschutzberichten argumentiert, bedient den rechten Rand dieser Gesellschaft. Das sind Ermunterungen für die Nazis.

Solche Vergleiche und Gleichsetzungen dürfen in dem politischen Diskurs über Vorgehensweisen gegen die neofaschistische Entwicklung in Deutschland keinen Platz haben.“

Unser gemeinsames Ziel sollte sein, Faschismus und Krieg zu verhindern.

FreundInnen und DemonstrationsteilnehmerInnen sammelten 583 Unterschriften für das „NPD-Verbot-jetzt“ – auch ein schöner Erfolg.

Also dann, bis zum nächsten Jahr, wenn es wieder heißt: „Wir können sie stoppen!“

Lena Sehmisch und
Kerstin Schöllermann
VVN-BdA Lübeck/Lauenburg



Kommentar

Oettinger nur die Spitze des Eisbergs

„Angesichts Filbingers Vergangenheit als furchtbarer Jurist und schrecklicher Ministerpräsident gibt es an diesem Mann nichts zu würdigen und nichts zu ehren. Deshalb protestieren wir gegen diese Veranstaltung.“ Das sagte Werner Pfennig, heute Bundessprecher der VVN-Bund der Antifaschisten, als die Landesregierung von Baden-Württemberg zu Filbingers 90. Geburtstag einen großen Empfang veranstaltete. Jedem anständigen Menschen müsste die Schamröte ins Gesicht steigen und niemand dürfte an einem solchen Empfang teilnehmen, meinte Werner Pfennig damals und sagte: „Wir wollen keine Ehrungen für einen Mann, der zeitlebens nichts dazu gelernt hat. Filbinger war maßgeblich an mindestens vier Todesurteilen beteiligt. Mit dem Bekenntnis Filbingers „was gestern Recht war, kann heute nicht Unrecht sein“ kann man sein gesamtes politisches Handeln beschreiben.“ Werner Pfennig zitierte Willi Bleicher, den ehemaligen Buchenwald-Häftling und langjährigen Bezirksvorsitzender der IG Metall, der zur uneinsichtigen Haltung Filbingers sagte: „Es ist eine Verhöhnung der wirklichen Widerstandskämpfer und jener Millionen, die ihrer Rasse wegen in die Gaskammern getrieben und unter den Schüssen der Exekutionskommandos elendiglich zugrunde gingen“.

Wie damals zum 90. Geburtstag waren sie alle auch zur Trauerfeier für den im Alter von 93 Jahren verstorbenen Filbinger wieder dabei: Innenminister Wolfgang Schäuble, der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe im Bundestag, Volker Kauder, Erwin Teufel und viele andere. Sie hörten sich die Rede des Ministerpräsidenten Oettinger an, als er Filbinger von seinen Verbrechen freisprach und ihn sogar zum Widerstandskämpfer gegen den Hitlerfaschismus erklärte. Solche Äußerungen hatte vorher auch schon Kauder selbst gemacht. 1993, als Kauder Generalsekretär der CDU in Baden-Württemberg war, hatte er nach der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ gesagt, Filbinger sei „ein ausgewiesener Gegner des nationalsozialistischen Regimes gewesen“. Einer der ersten, die Filbinger heilig zu sprechen versuchten, war der langjährige Kultusminister Hans Maier (CSU). Er schrieb im Juni 1983, Filbinger sei „von Anfang an Nazi-Gegner gewesen“.

Also waren Kauder und Co. in der Gedenkfeier für Filbinger über Oettingers Rede weder erstaunt noch entsetzt. Sie entsprach genau ihrer eigenen Denkweise.

Das lässt sich auch an den Reaktionen von CDU-Politikern auf die Empörungen im In- und Ausland und an der Distanzierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel ablesen. Gerade eineinhalb Wochen zuvor war sie aus Israel zurückgekommen, wo sie sich beim Besuch der Gedenkstätte Jad Vashem ausdrücklich zur Erinnerung an die Verbrechen des NS-Regimes bekannte. Sie konnte so kurz danach Oettingers Trauerrede unmöglich ignorieren, sondern musste sich von den skandalösen Passagen öffentlich distanzieren. Sie riskierte allerdings die scharfe Reaktion eines nicht unbeträchtlichen Teils der Führungseliten in der CDU. Dass Angela Merkel Oettinger öffentlich kritisiert habe, sei parteischädigend , sagte Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm. Von einer Parteischädigung von Oettinger sprach er nicht.



Oettinger legt nach

Kritik an Angela Merkels öffentliche Distanzierung von Merkel äußerte auch Volker Kauder. Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung wusste zu berichten: „Hinter vorgehaltener Hand teilen wesentlich mehr CDU-Politiker diesen Vorwurf (öffentliche Kritik), sowohl solche aus dem Lager Merkels als auch ihrer Kritiker.“ Der CDU-Bundestagsabgeordnete Bertram griff den Zentralrat der Juden an, der es ebenfalls gewagt hatte, Oettinger öffentlich zur Rechenschaft zu ziehen. Es sei selbstherrlich vom Zentralrat, in der politischen Bewertung solcher Reden eine „Deutungshoheit“ zu beanspruchen. Man kann es auch anders formulieren: Antifaschisten und besonders die Juden haben endlich den Mund zu halten, wenn es um die Zeit des Hitlerfaschismus geht. An alledem ist zu erkennen, dass der Fall Oettinger nur die Spitze eines Eisbergs ist.

Oettinger, der als ein Hoffnungsträger der CDU auf Bundesebene galt, ließ sich gern einen Liberalen nennen. Als Student war er schon Mitglied einer schlagenden Verbindung, noch als Ministerpräsident des zweitgrößten Landes gehörte er zum Studienkreis Weikersheim, der neofaschistische Ideologien vertritt. Nachdem im Rahmen der Filbinger-Diskussion diese Zugehörigkeit bekannt geworden ist, erklärte sich Oettinger bereit, seine Mitgliedschaft ruhen zu lassen.

Oettinger hat sich nur halbherzig und auf massiven Druck aus dem In- und Ausland von den Formulierungen in der Trauerrede distanziert. Er ist als Ministerpräsident ebenso untragbar, wie es Filbinger war, sagte der VVN-Bundessprecher Werner Pfennig.

Günther Wilke

Neofaschistische Kriminalität nimmt zu – aber die Gegenwehr auch

Auf Bundes- wie auf Landesebene hat die Verlautbarung des Innenministeriums über die wachsende Kriminalität von Rechten Aufsehen erregt.

Die Zahlen sind eindeutig. Im vergangenen Jahr gab es in Deutschland 18.142 rechtsextremistische Straftaten, 2005 waren es 15.914. Das bedeutet eine Zunahme von 14%. Um fast 8% sind im gleichen Zeitraum Gewalttaten dieser Gruppe angestiegen. Das wird übereinstimmend als ein alarmierender Trend angesehen.

Mit drastischen Worten hat die Präsidentin des Zentralrats der Juden das Vordringen des Rechtsextremismus beschrieben. Sie fühle sich in ihrer Auffassung bestätigt, dass „die gegenwärtige Situation an die Zeit der Machtergreifung Adolf Hitlers im Jahre 1933“ erinnere. Der Politik warf sie mangelnden Einsatz im Kampf gegen die „schockierend hohe Zahl“ rechter Straftaten vor. Sie forderte, Projekte gegen Rechtsextremismus müssten stärker und langfristiger finanziert werden. Die Diskussion über ein NPD-Verbotsverfahren solle noch einmal aufgerollt werden: „Es kann nicht angehen, dass diese Partei jährlich Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung kassiert, während an anderer Stelle die Mittel für Projekte gegen Rechtsextremismus knapp sind.“

Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion „Die Linke“ im Bundestag, bekräftigte ihre Forderung, eine unabhängige Beobachtungsstelle Rechtsextremismus einzurichten. In ihr sollten Nichtregierungsorganisationen und gesellschaftliche Einrichtungen Zahlen sammeln, analysieren und Vorschläge machen, wie Rechtsextremismus effektiv bekämpft werden kann.

Auch der Kieler Innenminister Ralf Stegner musste dazu Stellung nehmen. Immerhin sind die Taten Rechtsradikaler in Schleswig-Holstein von 337 im Vorjahr auf 510 gestiegen. „Sie treten frecher auf“, bemerkte er.

Antifaschisten haben das allerdings schon lange festgestellt und schleswig-holsteinische Politiker und Behörden aufgefordert, endlich Maßnahmen gegen rechte Täter zu ergreifen.

Wie groß die Empörung über die Umtriebe der alten und neuen Nazis sind, haben wir beim Unterschriften-Sammeln für die VVN-Kampagne „NO NPD“ gemerkt. Ob in Neumünster, Kiel, Lübeck, Flensburg oder im Kreis Pinneberg (um nur einige Orte zu nennen),: fast alle Angesprochenen haben ohne Zögern unterschrieben. Viele wollten mehr wissen: wie viele Listen habt ihr schon voll, wann werden sie an den Bundestag gegeben, wie kriegen wir diese Einsichten in die Köpfe der Menschen. Es gab gute und lange Gespräche, aber auch Empörung über die Haltung der Politiker, die die Demonstrationen der Nazis immer wieder erlauben, antifaschistische Gegenwehr aber mit Polizeigewalt zu unterdrücken versuchen.

Wir haben immer wieder gemerkt, wie richtig wir mit unserer Aktion liegen.

Aberkennung von Ehrenbürgerschaft beantragt

Der „Arbeitskreis Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Dithmarschen“ hat bei der Stadt Heide die Aberkennung der Ehrenbürgerschaft für den ehemaligen Bürgermeister Hermann Hadenfeldt beantragt.

Im Zuge der Recherchen zur Verlegung des Stolpersteines für Lilly Wolff musste der Arbeitskreis feststellen, dass Hadenfeldt nicht nur Antidemokrat, sondern auch Antisemit war.

So kann Christiane Orgis belegen, dass es Hadenfeldt war, der jahrelang die Festanstellung von Lilly Wolff an der Klaus-Groth-Schule verhindert hat. Als Lilly Wolff 1930 zur Mädchenbürgerschule Lüttenheid wechselte, setzte das Land ihre Festanstellung dort gegen den Widerstand des Heider Bürgermeisters im Oktober 1930 durch.

Nach der Machtübertragung an die Nazis blieb Hadenfeldt auch von 1933 bis 1937 Bürgermeister der Stadt Heide. Gietzelt und Pfeil schreiben dazu, dass für Hadenfeldt aus Sicht der Nazis die „nationale Zuverlässigkeit“ sprach.

Am 18.10.1933 wurde Lilly Wolff entlassen. Für ihre Entlassung und die mehrerer Sozialdemokraten aus dem Beamtendienst trägt Hadenfeldt die Mitverantwortung. Gietzelt/Pfeil schreiben dazu: „Nachdem die jüdische Lehrerin Lilly Wolff entlassen worden war, forderte die Ortsgruppe (der NSDAP, d. Verf.) in Heide beispielsweise, die Lehrer nicht nur auf ihre arische Abstammung, sondern auch auf ihre politische Einstellung zu prüfen. Zudem legte sie dem Magistrat eine eigene Liste mit Angestellten und Arbeitern der Stadt vor, denen ‘wegen ihrer politischen Unzuverlässigkeit schnellstens gekündigt’ werden müsse. Bereits zwei Täge später folgte der Magistrat dieser Aufforderung.“

Hadenfeldt trägt ebenso die Verantwortung dafür, dass Lilly Wolff 1935 auch das Geben von Nachhilfestunden verboten und ihr damit in Heide eine Existenz unmöglich gemacht wurde.

Hadenfeldt war bereits von 1903 bis 1909 Bürgermeister der Stadt Heide gewesen und hatte sich durch eine undemokratische Politik ausgezeichnet. Prof. Ulrich Pfeil schreibt dazu: „In dieser Zeit hatte er sich wiederholt durch Verbote von öffentlichen Veranstaltungen der Gewerkschaften und der SPD hervorgetan.“

Der Arbeitskreis bezeichnet es als Skandal, dass Hermann Hadenfeldt trotz seiner antisemitisch und antidemokratisch motivierten Politik zum Ehrenbürger der Stadt Heide ernannt wurde.

Der Arbeitskreis möchte außerdem an den Jahrestag der Hinrichtung der Widerstandskämpfer Elisabeth und Gustav Bruhn erinnern. Das Ehepaar lebte bis Anfang der dreissiger Jahre in Heide. Beide leisteten in der Bästlein-Abshagen-Gruppe Widerstand gegen die Nazis und wurden am 14.02.1944 im KZ Neuengamme hingerichtet. Während Gustav Bruhn in der Gedenkstätte deutscher Widerstand in Berlin geehrt wird, scheinen die Bruhns in Heide fast vergessen.

Christiane Orgis

Quellen:

Ulrich Pfeil: Vom Kaiserreich ins „Dritte Reich“, Heide 1997, Seite 172, 325

Martin Gietzelt / Ulrich Pfeil: Dithmarschen im „Dritten Reich“ 1933–1945 in Geschichte Dithmarschens, Heide 2000, Seite 333

Marie-Elisabeth Rehn: Heider gottsleider - Kleinstadtleben unter dem Hakenkreuz, neu aufgelegt 2005, Verlag Pro Business Berlin

„Das kann auch für mich Vorbild sein“

Auf Einladung des Geschichts-Leistungskurses des Corvey-Gymnasiums Lüneburg hat Fritz Bringmann in der Ratsbücherei als Zeitzeuge aus seinem Leben berichtet. Eindringlich und anschaulich erzählte er den Schülern von seinen Erlebnissen. Dass er in diesen langen Jahren der Unmenschlichkeit und des Terrors ohne Rücksicht auf sein eigenes Leben anderen Häftlingen half, beeindruckte die Schüler sichtlich. „Ich bewundere die Stärke, die er gezeigt hat, und sogar gewagt hat, Befehle zu verweigern. Das kann auch für mich Vorbild sein“, sagte die Schülerin Karolin. Ihr Mitschüler Kai ergänzte: „Ich finde es sehr wichtig, dass man Flagge zeigt und deutlich macht, dass wir die deutsche Vergangenheit nicht vergessen haben. Fritz Bringmann hat immer nein gesagt, wenn er etwas für falsch hielt. Dazu braucht man viel Mut! Seine Energie war unheimlich beeindruckend.“ Anna aus Elmshorn wünschte sich, dass mehr Menschen Zivilcourage zeigen und nicht nur darüber reden würden. „Ich werde versuchen, dass auch in meinem Leben umzusetzen“.

„Bringmann ist nicht verbittert“, schrieb die „Landeszeitung für die Lüneburger Heide“ bewundernd, „im Gegenteil, er wirkt heiter. Er hat Bücher geschrieben und Vorträge in Schulen gehalten. Er engagiert sich in der VVN und ist heute Ehrenpräsident der internationalen Lagergemeinschaft des KZ Neuengamme. Dass er mit geholfen hat, die Stadt Hamburg zu zwingen, sich nach Jahrzehnten von ihrem Gefängnis auf dem Lagergelände zu verabschiedet und ein Ehrenmal für die geschundenen Häftlinge zu errichten, ist ein großer Erfolg seiner unermüdlichen Arbeit“.

„Engagiert Euch für die Menschlichkeit“, überschrieb die Zeitung „Niendorfer Wochenblatt“ ihren Artikel über diese Stunden im Gymnasium. Das haben die Schüler verstanden.

Mit Krieg ist kein Frieden zu schaffen

Ostermärsche in Kiel und Wedel gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr

In 84 Städten haben Zehntausende Menschen an den Ostermärschen der Friedensbewegung teilgenommen. Damit wurden mehr Regionen als im vorigen Jahr einbezogen, und mehr Menschen bekundeten ihre Ablehnung von Kriegseinsätzen der Bundeswehr und ihr eindeutiges Ja zu einer Politik des Friedens und der Abrüstung. Der Zusammenarbeitsausschuss der schleswig-holsteinischen Friedensbewegung hatte im Norden nach Kiel aufgerufen und im Süden nach Wedel, wo sich die Ostermarschierer zum 25. Mal versammelten. Auf beiden Friedensaktionen verzeichneten die Teilnehmer eine erfreulich große Sympathie, die ihnen von großen Teilen der Bevölkerung entgegengebracht wurde.

Das „Wedel-Schulauer Tageblatt“ zitierte die Lehrerin Maria Rave vom Friedensnetzwerk des Kreises Pinneberg mit den Worten: „Der Tornadoeinsatz in Afghanistan hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen die Entsendung weiterer Soldaten ins Ausland.“

Auch die „Kieler Nachrichten“ ließen Teilnehmer der Ostermärsche und Passanten zu Wort kommen. Zitiert wurde Benno Stahn vom Kieler Friedensforum, der auf eine Forsa-Umfrage von Anfang April hinwies, aus der sich eine Ablehnung der Auslandseinsätze der Bundeswehr von 77 Prozent ergab. „Gewalt ist keine Lösung“, wird ein Kundgebungsteilnehmer zitiert, „sie fällt auf uns wieder zurück. Unsere Außenpolitik kann uns gefährlich werden, weil wir uns immer mehr in Auseinandersetzungen anderer Völker einmischen.“ Eine Frau sagte den KN, es müsse weniger Geld für die Rüstung, aber mehr für die Bildung ausgegeben werden. Dieser Meinung schloss sich eine Hebamme mit den Worten an, die den Kindern eine friedliche Welt und eine gute Zukunft geben möchte. Sie sagte: „Ich will mit meiner Teilnahme am Ostermarsch ein Zeichen für den Frieden setzen.“ Bei diesen Worten band sie sich die Pace-Fahne enger um den Körper.

Außer Pace-Fahnen sah man in Kiel und in Wedel die blauen Fahnen der Friedensbewegung und die roten von DKP und Linkspartei, die Fahnen von ver.di, den Jungsozialisten und der VVN-BdA

Die Redner stellten in Kiel Vertreter des Gesprächskreises für christliche Friedensarbeit, von Attac, WASG und Die Linke PDS, DKP und SSW. Für die VVN-BdA sprach die Landesvorsitzende Marianne Wilke, die am ehemaligen Gestapo-Gefängnis „Blume“ den Zusammenhang von Antifaschismus und Frieden hervorhob.

In Wedel wurde das Rednerspektrum durch den ver.di- Bezirksgeschäftsführer Rolf Schittay ergänzt, der viel Beifall erhielt, der es einen Skandal nannte, dass sich im Bundestag eine Mehrheit für den Einsatz von Tornado-Flugzeugen der Bundeswehr in Afghanistan fand, obwohl mehr als 70 Prozent der Bevölkerung dagegen sind. So könne die Politikverdrossenheit in der deutschen Bevölkerung nur noch größer werden. „Warum lernen wir nicht aus Kriegen ?“ , fragte der ver.di-Sprecher. Das „Wedel-Schulauer Tageblatt“ zitiert auch die Rednerin Ute Amer vom Friedensnetzwerk des Kreises Pinneberg, die die Frage aufwarf: „Warum müssen wir Deutschland am Hindukusch verteidigen? Pakistan beschützt seine Landesgrenzen auch nicht am Rhein.“ Für die VVN-Bund der Antifaschisten sprach in Wedel Landesvorstandsmitglied Bernd Meimberg, der das Ende der Besatzung im Irak forderte und faire Verhandlungen ohne Kriegsdrohungen mit dem Iran. Er forderte Abrüstung statt Sozialabbau und erneuerte die Forderung des Kasseler Friedensratschlags: „Spart endlich an der Rüstung.“

Diesen Gedanken unterstrich auch der Literaturwissenschaftler Dr. Wolfgang Beutin, als er sagte: „Der Angriff auf die Lebensrechte der Bevölkerung anderer Länder wird aus den Taschen der Angehörigen des eigenen Landes finanziert, sprich: durch den Angriff auf den Sozialstaat oder die Lebensrechte der deutschen Bevölkerung.“



















Bilder: Ostermarsch in Kiel und Wedel

Jahrzehnte danach: Kieler Universität distanziert sich von „Euthanasie-Kinderarzt"

Prof. Dr. Werner Catel wurde im Mai 1954 zum ordentlichen Professor und Direktor der Kieler Universitäts-Kinderklinik berufen, obwohl Landesregierung und Universität über die Beteiligung Catels am nationalsozialistischen Mordaktionen an Behinderten und Kranken informiert waren. Er hatte vor 1945 als „Obergutachter" und Leiter der Leipziger Universitäts-Kinderklinik an der Ermordung Tausender Kinder mitgewirkt, Catel blieb Befürworter der Euthanasie" und schied erst 1960 aus dem Dienst, als sein Fall auch international publik wurde.

Bildunterschrift zum Portrait von Prof. W. Catel Hörsaal der Kinderklinik des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein, Campus Kiel Professor Dr. med. Werner Catel – 1954 bis 1960
1933–1945 Direktor der Universitäts-Kinderklinik Leipzig. 1939– 1945 einer der drei Gutachter im „Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden", der Tarnorganisation für die systematische Tötung von Tausenden schwer geschädigter Kinder und Jugendlichen („Kindereuthanasie"). Unter dem Deckmantel der Humanität („Leidminderung") Rechtfertigung der Meldung und Vernichtung „lebensunwerten" Lebens.

Nach dem Krieg wurde Catel als „entlastet" eingestuft. Zwei Strafverfahren gegen ihn wurden eingestellt: Das Landgericht Hamburg hat 1949 die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt, da es nicht erkennen konnte, dass die „Verkürzung lebensunwerten Lebens eine Maßnahme genannt werden [könne], welche dem allgemeinen Sittengesetz widerstreite". Das zweite Verfahren wurde 1964 vom Landgericht Hannover „außer Verfolgung" gesetzt, weil Catel der Überzeugung gewesen sei, das Beste für die betroffenen Kinder zu tun, Totschlag, im Gegensatz zu Mord, aber nach 15 Jahren verjährt sei.

1954 Berufung nach Kiel, 1960 Rücktritt auf Druck der Öffentlichkeit.

Catel wurde als engagierter klinischer Lehrer wahrgenommen, war Verfasser mehrerer Monographien über Ernährung und Tuberkulose, Herausgeber von Werken über Pädiatrische Differentialdiagnostik und Kinderkrankenpflege.

Die Verantwortlichen der Kinderklinik, die Medizinische Fakultät und die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel verurteilen Catels Mittäterschaft an der „Kindereuthanasie". Die Berufung auf einen Lehrstuhl der Kieler Universität ist nicht zu rechtfertigen, wenn auch offen bleiben muss, inwieweit damals den Berufenden die Verstrickung Catels in die „NS-Kindereuthanasie" bekannt war. Es gehört zu den elementaren ethischen Grundsätzen des Arztberufes, menschliches Leben zu schützen und nicht zu töten.

Christian Andree: Werner Catel (1894-1981). Seine Verstrickungen in das Kindereuthanasie-Programm der Nationalsozialisten. Gedanken, Taten und Folgen. In Christian Andree (2006): Die Universitäts-Kinderklinik der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, 1906 – 2006 -eine medizinhistorische Studie zum hundertjährigen Bestehen. S 171-208. Hans-Christian Petersen, Sönke Zandel: Werner Catel - ein Protagonist der NS-„Kindereuthanasie" und seine Nachkriegskarriere. Med. hist. J. 38 (2003) 139-173

Nach seinem Tod 1981 tat sich die Uni schwer eine Erbschaft von einer halben Million Mark Stiftungsgelder abzulehnen, aus deren Zinsen alle zwei Jahre ein „Werner-Catel-Preis" verliehen werden sollte. Über diesen Preis, der seinen Namen tragen sollte und die in diesem Zusammenhang zu gründende „Werner-Catel-Stiftung" versuchte sich der verstorbene Massenmörder posthum ein Denkmal zu setzen. Im wesentlichen aufgrund heftiger empörter Reaktionen aus der Öffentlichkeit lehnte der Senat der Universität die Annahme des Geldes im Februar 1984 ab.

Im Hörsaal der Kinderklinik hing das Bild Catels weiterhin ohne jeglichen Hinweis auf seine NS-Vergangenheit in der Reihe anderer ehemaligen Direktoren.

Erst 1998 wurde dann kommentarlos auf die Gutachtertätigkeit im Reichsausschuss hingewiesen.

Die neue Bildunterschrift weist nun detailliert auf Catels Vergangenheit hin und auf die Verurteilung an die „Kindereuthanasie".

Christel Pieper -Kiel

Brief unserer Kameradin Emmi Burmeister aus Niendorf:

Ich bin jetzt 93 Jahre alt und kann leider nicht mehr von Niendorf, wo ich wohne, hierher in meine Heimatstadt Neumünster kommen, wenn für Rudolf Timm, den ich sehr gut kannte, endlich auch ein Stolperstein gelegt wird.

Es ist mir ein Bedürfnis und ich bin es Rudolf schuldig, dass ich meine Erinnerung an ihn aufschreibe und jemanden bitte. dass sie an meiner Stelle verlesen wird.

Rudolf war Kommunist und ein großer Freund der Jugend. Ich selbst war damals 16/17jährig dem Kommunistischen Jugendverband (KJVD) beigetreten.

Bei uns Jugendlichen war Rudolf sehr beliebt. Er war kein großer Redner, aber wir verstanden ihn. Aus ihm sprach eine große innere Überzeugung, die wir mit ihm tei1ten, dass die Nazis schlecht für unser Land waren.

Wie Recht er hatte, denn die schlimmsten Auswirkungen dieses verbrecherischen Systems hatte er noch nicht einmal selbst erlebt. Er wurde schon 1934 im Gefängnis am Haart von den Nazis heimtückisch ermordet. Sein Mord wurde als Selbstmord im „Holsteinischen Courier" hingestellt.

Nur einige Wochen später wurde Christian Heuck, damals gewählter Reichstags-abgeordneter der KPD auf die gleiche Weise im Stadtgefängnis in →

8. März 2007 – Frauentag in Kiel

Buchvorstellung – Ausstellungseröffnung – Wein und Brezel

Internationaler Frauentag, ein Tag, an den ich an die Frauen denke, mit denen ich kämpfe, lebe, weine und lache. Aber auch ein Tag, an den ich an meine Mutter und ihre und meine Kameradinnen denke, die auch noch nach ihrem Tod mir immer wieder Mut machen und auf viele Fragen Antwort geben. Ich erinnere mich der Glückwunschkarten, die aus der ehemaligen DDR kamen und die keiner in der Nachbarschaft so richtig verstand, denn in der BRD wurde der Internationale Frauentag lange nicht gefeiert.

Viel später habe ich Kekse in Form eines Frauenzeichen gebacken, die ich an meine Kolleginnen verteilte zusammen mit dem Text „Brot und Rosen", das Lied aus dem Jahre 1911, das bei den Streik der Textilarbeiterinnen und Arbeitern in Lawrence-USA entstand.

Wir Gewerkschaftsfrauen wollten dieses Jahr nach einem kleinen Sektempfang und netten Gesprächen gemeinsam ins „Alte Rathaus" zur Buchvorstellung und Ausstellungseröffnung „Geht nicht gib's nicht!" gehen. 24 Portraits hervorragender Frauen aus der Stadtgeschichte der letzten vergangener zwei Jahrhunderte, die Nicole Schultheiß zusammen trug, sollten uns vorgestellt werden.

Im vollen Ratssaal begrüßte Annegret Bergmann, Frauenbeauftragte der Landeshauptstadt Kiel die Gäste. Sie monierte, dass vor allem Frauen auf dem Arbeitsmarkt das Nachsehen haben. Bei den weiblichen Angestellten beträgt der Bruttolohn, der 2006 durchschnittlich 2685 Euro betrug, fast 1000 Euro weniger als bei den männlichen Kollegen. Arbeiterinnen verdienen mit 11,98 Euro brutto pro Stunde 3,90 Euro weniger als Männer.

Unserer Oberbürgermeisterin Angelika Volquartz, Ute Erdsiek-Rave, die Ministerin für Bildung und Frauen Schleswig Holsteins und Anke Schimmel, Vorsitzende des Landesfrauenrates Schleswig-Holstein waren sich in ihren Grußworten einig, vieles, was die Kieler Frauen erkämpft haben, ist heute selbstverständlich. Aber angesichts der bestehenden Benachteiligungen müsse Erreichtes weiterentwickelt werden.

Auch Silke Reyer (SPD), die frühere Stadtpräsidentin war unter den Gästen. Von Annegret Bergmann erfuhren wir, wie sich Silke Reyer der Nichtachtung der Gleichstellung 1988 in Kiel Luft machte. Mit einigen Mitstreiterinnen wurde „nicht ganz legal und im Schutze der Nacht" das Straßenschild des „Wilhelmplatz" mit „Rosa Luxemburg" überklebt. Dies sorgte für große Heiterkeit im Saal.

Auch hier ist Handlungsbedarf, denn noch heute tragen 380 Straßen in Kiel Namen von Männern und nur 31 von Frauen.

Auf dem Gang durch die Ausstellung, die die Frauen aus dem Buch in Kurzportraits zeigt, entdeckte ich zu meiner großen Freude unsere Kameradin Anni Wadle unter den 24 Frauen.

„Ein beeindruckendes Lebensbild von Kieler Frauen ist das der Anni Wadle, die sich ein Leben lang gegen Faschismus, Rassismus und Krieg engagiert und trotz Verfolgung, KZ-Haft und Misshandlung ihren Idealen treu bleibt" , so wird Anni vorgestellt.

Der gelungene Abend endete auf angenehme Weise mit einem Glas Wein und einem Brezel und im Bus las ich die mir bekannte und immer wieder beeindruckende Geschichte von Anni.

Das Buch von Nicole Schultheiß ist kostenlos im Frauenreferat , Telefon: 0431-901-2056, zu erhalten. Es ist im Rahmen eines „1-Euro-Jobs" entstanden.
Nicole kennt ihr aus den Berichten der Steinewerfer von Steinburg. Sie ist die Frau, die von 5 Neonazis niedergeprügelt wurde. Als Mitarbeiterin von „Enough is Enougt" hat sie auf einer unserer LV's berichtet.

Christel Pieper - Kiel

---

der Boostedter Straße ermordet.

Nach dem Mord an Rudolf begann in Neumünster eine große Verhaftungswelle. Zu den Verhafteten gehörte auch mein Vater und ich selbst kurz danach. Wir und mit uns die vielen anderen Jugendfreunde und Genossen waren zunächst in Neumünster inhaftiert, wurden aber dann an andere Haftanstalten und Lager aufgeteilt. Vielen kamen ins Lager Kuhlen bei Rickling.

Mein Vater kam ins berüchtigte Lager Papenburg und blieb dort zwei Jahre. Ich blieb in Neumünster und wurde dann wegen einer schweren Erkrankung meiner Mutter und auf Fürsprache eines Pastors nach 6 Monaten entlassen.

Das war eine schwere Zeit damals. Meine Mutter ist aus Kummer über die Inhaftierung ihrer Tochter und ihres Mannes und wegen der andauernden Verhöre und Hausdurchsuchungen durch die politische Polizei so schwer erkrankt, dass sie dem Tode nahe war.

Mir ist alles, was damals geschah so gegenwärtig als wäre es erst gestern gewesen. Nun bin ich 93 Jahre alt und höre und lese fast täglich von Übergriffen der Neonazis auf Menschen mit anderer Hautfarbe und anderer Länder, von fast wöchentlichen Aufmärschen in deutschen Städten, vom Naziclub 88 in Neumünster, meiner Heimatstadt. Sogar in den Parlamenten sind sie schon wieder vertreten. Dass

es soweit wieder kommen konnte, bereitet mir auf meine alten Tage große Sorgen. Sollen meine Enkel und Urenkel, von denen ich mehrere habe, dies alles noch einmal erleben müssen? Noch haben wir die Möglichkeit uns gegen das weitere Erstarken der Nazis zu wehren. Meine Bitte an al1e die zuhören: Lasst es nicht wieder soweit kommen. Erzählt allen, wie das war damals, auch wenn wir. die das erlebt haben, es nicht mehr tun können. Die Wahrheit darf nicht sterben.

Antifaschistischer u. friedenspolitischer Ratschlag der VVN-BdA im Norden

Erfolgreiche Nordkonferenz des VVN-BdA 2007

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) hat am 23. Und 25. Februar wiederholt Ihre Nordkonferenz erfolgreich durchgeführt. Etwa 30 AntifaschistInnen aus Hamburg, Niedersachen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern berieten Wege zur Bekämpfung faschistischen Denkens und Handelns und informierten sich über die Kriegseinsätze der Bundeswehr.

„Aktuelle Entwicklung der sog. „Freien Kameradschaften" mit Andre Aden

Der Journalist Andre Aden von „Recherche Nord" aus Niedersachsen erläuterte anhand eines eindrucksvollem Foto-Vortrag die Herausbildung von Neonazistrukturen in Niedersachsen. Am Beispiel Rotenburgs zeigte er, wie vormals linke Landstädtchen mit einer offenen neofaschistischen Szene überzogen wurden. Nicht weit von Heideruh bildeten sich die Snevern Jungs aus den Resten der verbotenen Wiking-Jugend. Mit Müllsammelaktionen, Blutspenden und Teilnahme an Volksläufen gewannen sie Sympathie. Rechtsrockkonzerte in einer Region ohne nennenswerte Jugendkulturangebote dominieren die Wochenenden. Sie kommen links daher, sind auf den ersten Blick nicht als Neofaschisten zu erkennen. Entlarvend ist erst der Buchstaben- und Zahlencode, entlarvend ihre Internetseite mit einer Datensammlung über linke Personen und Aktivitäten. Sehr schnell führte der Weg vereinzelte Trüppchen aus dem Norddeutschen Raum zum bundesweiten Auftreten in Wunsiedel oder Halbe. Autonome Kleidung und Aufkleber werden in Motiv und Slogans abgekupfert. Jeder kann sich auf ihren Seiten mit Kleidung und Musik eindecken. Der Heisenhof übt seine Rolle als nationales Kontrollzentrum. Das Zusammenspiel von freinationalen Kameradschaften und NPD-Stützpunktstrukturen ist einem Wandel unterworfen. Die NPD dient diesen Kräften jetzt schon als organisatorisch-finanzielle Abstützung ihrer Arbeit.



Über strategische und programmatische Wandlungen des Rechtsextremismus

Kontinuität oder Bruch in der faschistischen Ideologie

Der Vortrag von Mathias Brodkorb (MdL MV) beschäftigte sich mit der strategischen und programmatischen Neuausrichtung der NPD seit Ende der neunziger Jahre und dem Einfließen neurechter Ideologie von Alain de Benoist und Pierre Krebs ab 1985. Er schätzte ein, dass es sich nicht um ein Wiederanknüpfen an die Ideologie des Nationalsozialismus handele. Neoliberales Denken werde konsequent fortgedacht. Verstärkt bemühen sich Neofaschisten in alle Lebensbereiche einzudringen (Metapolitik). Gramscis Theorie einer Notwendigkeit zur Eroberung der kulturellen Meinungsführerschaft Gegner wie Kriminelle zu behandeln, deren Verfolgung oft nach 1945 nicht aufhörte. Die Frage nach der Nicht-Anerkennung der Entschädigung für politisch Verfolgte, Opfer der NS-Militärjustiz und Zwangsarbeiter wäre sicherlich zu ergänzen.

Um breite gesellschaftliche Schichten zu erreichen und sich gegen rechtliche Verfolgung abzusichern habe sich die NPD vom unmittelbaren biologischen Rassismus, Antisemitismus und Revanchismus entfernt und eine programmatische Wende hin zum Ethnopluralismus („Europa der Völker"), Wohlstandschauvinismus und einer Art organischer Demokratie als Ausdruck eines vorgestellten „Volkswillens" zum Ziel gesetzt, so Brodkorb. Militarismus und Autoritarismus seien aber weiter Stützen rechtsextremer Theorie und Praxis. Der Referent stützte sich dabei auf sein Buch „Moderner Rechtextremismus", das er zusammen mit Thomas Schmitt verfasst hat. Trotz abweichender Positionen, etwa zum NPD-Verbot, hat Brodkorbs Theoriedebatte Interesse aber auch Kritik geweckt. Ist die Wende der Nazis nur eine strategische, oder auch eine programmatische? Rassismus, Antisemitismus und Revanchismus bestimmen nach wie vor die Praxis vieler Rechtsextremer von der NPD-Spitze (NPD-Anwalt Rieger) bis zu den Unterstützern im Kameradschaftsumfeld. Einige Diskussionsteilnehmer warnten, davor die Augen zu verschließen.

Gegenstrategien am Beispiel der NPD, Verbotskampagne der VVN-BdA (www.NPD-Verbot-jetzt)

Schließlich wurde in der Konferenz die bundesweite VVN-Kampagne für ein NPD-Verbot vorgestellt. Die im Februar zum Auschwitz-Gedenktag gestartete Kampagne hat bisher bundesweit große Resonanz gefunden. Parteien, Gewerkschaften, ganze Initiativen, Kirchenvertreter und viele Einzelpersonen haben sich der Kampagne angeschlossen. Herausragend ist die Position des Berliner Innensenators Körting, der die Verfassungswidrigkeit der NPD als erwiesen ansieht und einen Abzug der V-Männer des Verfassungsschutzes befürwortet – eine Voraussetzung für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren. Ein Verbot der NPD soll ein klares Zeichen der Verfassungsfeindlichkeit dieser Partei zeigen und ihr die öffentlichen Gelder entziehen, mit denen sie ihre menschenverachtende Propaganda verbreitet. Das Rostocker Friedensbündnis und verdi Baden-Württemberg unterstützen die VVN-Kampagne. Die Linkspartei. PDS Thüringen hat sich

⟶

Quickborn unterm Hakenkreuz

Der Soziologe Jörg Penning hat seine Diplomarbeit mit dem Titel „Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus am Beispiel der Landgemeinde Quickborn“ fertig gestellt. Er schrieb an die Volkshochschule der Stadt Quickborn und bot einen Kursus zu diesem Thema an.

Mehr als drei Monate vergingen, ohne dass er eine Antwort erhielt. Dann kam eine Ablehnung. Ein Herr Zipperling schreibt im Namen der VHS er sei beim „ auszugsweisen Lesen und Überfliegen“ der Diplomarbeit zu dem Entschluss gekommen, das Kursangebot nicht ins Programm aufzunehmen. Als Begründung nannte er „Wirtschaftlichkeit“ und prophezeite mangelndes Interesse.

„Es mag sein, dass Geschichte und insbesondere Stadtgeschichte zur Zeit des Nationalsozialismus nicht jedermanns Sache ist“, schrieb Jörg Penning zurück, „aber vermuten Sie tatsächlich, dass das Interesse einer 20.000 Einwohner zählenden Stadt wirklich so gering ist, dass nicht die Mindestteilnehmerzahl von sechs Personen erreicht worden wäre, die die Stadt Quickborn nach ihren Auskünften als Bedingung des Stattfindens eines Kurses voraussetzt? Ein Versuch zumindest wäre es doch sicherlich wert gewesen! Besonders auch deshalb, weil das aktuelle Angebot der VHS Quickborn an gesellschaftspolitischen Seminaren äußerst spärlich ausfällt. Zwischen den in der Programmrubrik „Gesellschaft und Leben“ aufgeführten Kursen „Feng Shui Gartendesign“, „Kompaktkurs Survival“ , „Die Macht der Gedanken“ und „Mit wenig Aufwand perfekt geschminkt“ hätte doch auch ein Kurs, wie ich ihn der VHS anbot, Platz finden können … Herr Zipperling, kann es nicht eher sein, dass die Gründe der „Wirtschaftlichkeit“ vorgeschoben sind und Ihnen das Thema Nationalsozialismus und dessen Aufarbeitung „nicht liegt“? Ist es nicht vielmehr so, dass Sie des Themas überdrüssig sind und den Wert von historischen und gesellschaftspolitischen Bildungsinhalten ohnehin gering schätzen? ... Ich unterbreite Ihnen erneut meinen Vorschlag, das Seminar zum Thema „Quickborn unterm Hakenkreuz“ in Ihr nächstes Programmheft aufzunehmen …“

Soweit der Antwortbrief von Jörg Penning.

Abgesehen von der empörenden Absage des Herrn Zipperling und der erfrischend ironischen Entgegnung denke ich, das ist ein Vorgang, der alle politisch Interessierten angeht, das kann man so nicht hinnehmen. Nicht nur Quickborner hoffen, dass alle „weißen Flecken“ in Schleswig-Holstein aufgearbeitet werden. Deshalb ist es sehr zu begrüßen, dass sich die „Initiative selbstbewusstes Quickborn“ gebildet hat, die das Seminar anbietet, und zwar in der Heinrich-Hertz-Realschule, Feldbehnstraße 7 in Quickborn.

Hier nun das Pogramm:

8.Mai 19.30 – 21 Uhr: Einführung (Prof. Uwe Dankern Dr. Gerhard hoch)

15.Mai 19.30 – 21 Uhr Die Vorgeschichte – Quickborn in der Weimarer Republik

22. Mai 19.30 – 21 Uhr Die Zeit des Nationalsozialismus – Errichtung einer Diktatur und Alltag einer Landgemeinde

29. Mai 19.30 – 21 Uhr Verfolgung und Diskriminierung

5. Juni 19.30 – 21 Uhr Jüdische Kriegsgefangene im Himmelmoor

12. Juni 18.30 – 21 Uhr Stadtrundgang

Anmeldung unter Tel. 04106-60225 oder sabine.schaefer-maniezki @web.de

Kosten: 30 Euro, ermäßigt 15 Euro

M.Wilke

→ bereits am dritten Tag der Kampagne angeschlossen, die Linkspartei.PDS MV ihre homepage mit der Kampagne verlinkt. In kurzer Zeit haben bereits 15.000 Menschen die Kampagne unterschrieben. Ihr könnt euch mit eurer Unterschrift anschließen. Auf der homepage: www.NPD-Verbot-jetzt. de könnt Ihr direkt online unterschreiben oder euch Unterschriftenlisten herunterladen. Nach Abschluss der Volksinitiative für einen Antifa-Paragraphen in der Verfassung Mecklenburg-Vorpommerns Ende März 2007 soll die NPD-Verbotskampagne des VVN-BdA landesweit verstärkt beworben werden.

Eskalierende Kriege und Kriegsvorbereitungen

Bernd beschrieb die Entwicklung deutscher imperialistischer Politik seit der Nordkonferenz 2006.

Deutsche Kriegsschiffe kreuzen vor dem Libanon, die Bundeswehr war im Kongo stationiert, Kriegsschiffe am Horn von Afrika, Tornados sollen in Afghanistan Krieg führen (geschieht jetzt) usw., die deutsche Politik gegenüber dem Iran ist nicht friedensfördernd und keine Kritik an dem US-Krieg im Irak.

Es besteht die Gefahr, dass US-Mittelstreckenraketen in Polen und damit in der EU stationiert werden als Teil eines Raketenabwehrsystems. Es soll den USA eine Erstschlagmöglichkeit mit Atomraketen geben ohne durch den Gegenschlag getroffen zu werden. Das ist eine politische Provokation, die auch noch von Deutschland unterstützt wird. Sie fördert das Wettrüsten und beendet das Gleichgewicht zwischen den Großmächten.

Der russische Präsident Putin machte auf der Sicherheitskonferenz 2007 in München deutlich:

„Heute beobachten wir eine kaum kontrollierte übertriebene Gewaltanwendung in den internationalen Angelegenheiten, die zu immer neuen Konflikten führt. Als Folge gibt es keine Kräfte, nicht einmal einen einzigen davon umfassend zu regeln.“ „… die USA haben eine Grenze überschritten ...“

„Niemand fühlt sich mehr in Sicherheit, niemand mehr kann sich mit dem Völkerrecht schützen. Diese Politik spornt das Wettrüsten an. Die Dominanz des Gewaltfaktors nährt zwangsläufig das Trachten einiger Länder nach Massenvernichtungswaffen“.

Angesichts einer unübersehbar aggressiven Weltmachtpolitik der USA wurde vor künstlichen Minderheitendiskussionen gewarnt, die nach dem Kalkül der USA bestehende Nationalstaaten gefährden könnten.

Die deutsche Bevölkerung registriert die zunehmende Kriegsbeteiligung der Bundeswehr. Die Mehrheit lehnt trotz massiver Propaganda die Auslandseinsätze der Bundeswehr ab.

Auch die VVN-BdA ist hier zunehmend gefordert, denn die Rechtsentwicklung in Deutschland und die Einschränkung bürgerlicher Rechte hat auch etwas mit dieser aggressiven Außenpolitik zu tun.

Die Konferenz war von der „Neofaschismuskommission Küste“ der VVN-BdA der Nordländer vorbereitet worden. Unsere Gäste waren beeindruckt und möchten nächstes Jahr wiederkommen.

Beachtet auch weitere Artikel auf der Homepage www.Kueste.vvn-bdA.de

Raimund Gaebelein, Axel Holz, Bernd Meimberg

Gerd Kleinwort hat den Prozess gegen Ingo Stawitz und Co. 2004 sowie auch die Berufungsverhandlung 2007 verfolgt. Er schickte uns folgenden Bericht:

Gelegenheit macht Hiebe

Drei der vier rechtsextremistischen Gewalttäter, die konkret wegen einer am 4.12.2004 in Steinburg (bei Itzehoe) gemeinschaftlich begangenen schweren Körperverletzung am 10.5.2006 vom Amtsgericht Itzehoe zu geringst möglichen Bewährungsstrafen von jeweils einem halben Jahr verurteilt wurden, hatten sich nochmals vor dem Landgericht zu verantworten - sie hatten Berufung eingelegt, ebenso, formal, die Staatsanwaltschaft.

Ein Mittäter in dieser Sache, der in der bisherigen Verhandlung geständig und bei der Wahrheitsfindung kooperativ war, und auch die Geschädigte Nicole S. um Verzeihung bat, verzichtete auf Rechtsmittel in seiner Sache.

Verblieben also der stellvertretende schleswig-holsteinische NPD-Landeschef Stawitz, der Bundesgeschäftsführer und Landtagsabgeordnete Köster und der Kader des NPD-Bundesordnerdienstes Indorf.

Gemäß der von Richter Engelmann am ersten (und überraschender Weise auch letzten) Berufungs-Verhandlungstag am 22.3.2007 verlesenen schriftlichen Begründung das des angefochtenen Urteils des Amtsgerichtes Itzehoe ist bisher in dem Verfahren die Beweislage überzeugend: die Zeugenaussagen der Geschädigten Nicole S. und vieler weiterer Tatzeugen sind präzise und stimmig; mit Ausnahme der widerlegten Aussage eines ortsansässigen Zeugen, der offensichtlich versuchte, seine Erinnerungen gezielt um die von ihm angenommene Unschuld des Angeklagten Stawitz herum zu rekonstruieren.

Zudem ist da dieses ungeschnittene Video.

Richter Engelmann und Staatsanwalt Neumann stellten klar, dass die Tat nicht, wie von dem Rechtsextremen angegeben, „Notwehr“ oder „Selbsthilfe“ war, und dass die verleugnete (und daher auch bestimmt nicht bedauerte) Tat durchaus auch eine deutlichere Bestrafung erfordern könne. Insbesondere wegen klarer Verletzungsabsicht.

Andererseits würdigten sie aber auch den durch die Provokation und die Sachbeschädigung am 4.12.2004 von Seiten der Demonstranten ausgelösten gruppendynamischen Prozess bei den vereinten Rechtsextremisten bis zum Exzess, dem sich die Angeklagten einfach nicht widersetzen konnten oder mochten.

Alsdann führten Richter Engelmann und Staatsanwalt Neumann die Verhandlungsfähigkeit einer „halbierten“ Strafgrenze ein – nach oben! (bisher Strafuntergrenze 6 Monate) – und damit auch das Absehen von Bewährungsstrafen bei in der Sache beibehaltenem Begriff der gemeinschaftlich begangenen schweren Körperverletzung , irgendwie und deutlich entschärft durch neuerdings anstehende Minderschwere. Diese wesentliche Erleichterung erbot sich die Justiz zu erschaffen für Einlenken der Rechtsextremisten in den gerichtlich vorgeschlagenen Berufungsverzicht.

Der Handel galt dann auch umgehend.

Sicher hat dabei die Allgemeinheit in der form profitiert, dass der Rieger-Riege so nur relativ kurz eine öffentliche Verhandlung zur Verbreitung ihrer An- und Absichten zur Verfügung stand. Formal hat die beteiligte NPD-Prominenz mit der Berufungsrücknahme auch die gesamten Widersprüche in den Äußerungen und Aussagen von Köster und Stawitz in der Sache des verhandelten Delikts anerkannt.

Während also Köster und Stawitz mit Geldstrafen statt Vorstrafen davon kamen, ist

der oben genannte weitere Mittäter in dem Schlägerquartett nun mit seiner alleinigen ehrlichen Stellungnahme vor Gericht auch allein vorbestraft und damit in bewährtester Weise Bauernopfer.

Das Landgericht war unbeugsam bei der Ermittlung der Tagessätze für Köster und Stawitz, ersterem wurde das nach Schuldentilgung anzurechnende Landtagsabgeordnetengehalt von 1200 auf 1800 Euro verbessert, letzterer erfuhr eine ordentliche Einkünfteerhöhung von 100 auf 300 Euro – coole Arbeit, Gericht – bravo! Nur Indorf fand Verständnis dafür, im Sicherheitsgewerk in Vollzeit angeblich lediglich 500 Euro Einkommen zu haben.

Ansonsten war leider die Presseberichterstattung verbreitet falsch, sie beruhte mit auf einer verharmlosenden DPA-Fassung, der zufolge in dem fünftägigen Verfahren schlicht eine Schlägerei verhandelt worden sei. Eine abwegige Begriffsdifferenz zu dem tatsächlich verhandelten speziellen gemeinschaftlichen Überfall mit weiter nichts wie reiner Verletzungsabsicht.

In der Amtsgerichtsverhandlung im vorigen Jahr hatte Stawitz erklärt, für die Veranstaltung am 4.12.2004 verantwortlich gewesen zu sein. Er meinte, die von ihm und seinen Kumpanen Geschädigte (d.h. Geprügelte und Getretene) sei als (weibliche?) Person in keiner Weise zu erkennen gewesen. Zu dem Gewaltexzess erklärte er damals in einer Pressekonferenz: “Der Zwischenfall soll den kriminellen Elementen eine Lehre sein. Die NPD ist auf solche Zwischenfälle gut vorbereitet und setzt sich zur Wehr.“ (Norddeutsche Rundschau 7.1.05)

In der verkürzten Revisionsverhandlung vertrat der NPD-Anwalt und -Funktionär Rieger jetzt die Ansicht, die Täter seien „durchaus berechtigt gewesen, die zuvor von Demonstranten gegen das Lokal „Steinburg“ geworfenen Steine auf diese zurück zu werfen

Gerd Kleinwort

Wer erinnert sich an Henryk Jaskula?

Henryk Jaskula lebt mit seiner Frau in Sierakow an der Warthe in Polen und arbeitet auf einem Gestüt, das 200 wertvolle Hengste beherbergt. Er ist 92 Jahre alt und hat einen besonderen Wunsch: Er sucht Kontakt zu Menschen aus Traventhal, einem kleinen Dorf bei Bad Segeberg, das er gegen Ende des Krieges kennen lernte und an das er gerne zurück denkt.

Anfang 1945 bekam er als Gestütsmitarbeiter den Auftrag, einen Treck mit 90 Hengsten aus Sierakow zu organisieren, um sie in Sicherheit zu bringen. Dieser Pferdetransport führte ihn zu einem Landgestüt in Traventhal, wo er mit seiner Frau eine kleine Wohnung bezog. Noch heute schwärmt er von der Gastfreundschaft, die ihm damals entgegen gebracht wurde. 1947 bekam er von der britischen Militärregierung den Befehl, mit den Pferden zurückzukehren. Schwedische Schiffe brachten den Transport über die Ostsee, von Danzig aus ging es über Land weiter zum heimatlichen Staatsgestüt.

Das Landgestüt in Traventhal besteht nicht mehr, in den ehemaligen Gebäuden existiert heute ein Veranstaltungszentrum und Museum. Dessen Betreiber, Harry Beiersdorf, hörte vom Wunsch des polnischen Arbeiters und hat sich bereit erklärt, die Verbindung mit ehemaligen Weggefährten herzustellen.

Wer sich an Henryk Jaskula und seine Frau erinnert, kann sich an Herrn Beiersdorf (04551-968925) wenden.

VVN-BdA trauert um drei ihrer Aktivsten

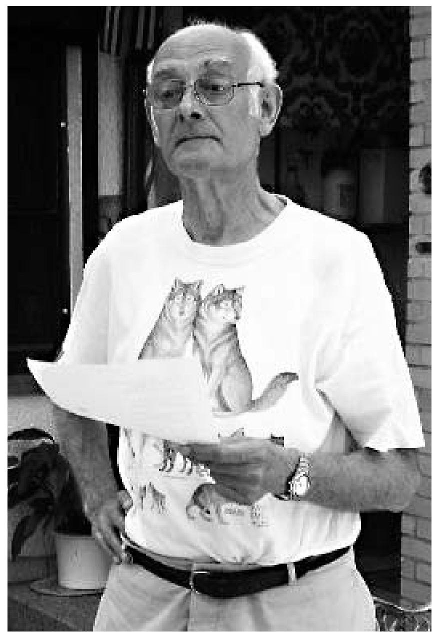
Die Landesorganisation Schleswig-Holstein in der VVN-Bund der Antifaschisten, trauert um drei ihrer aktivsten Mitglieder. Im Februar verstarb durch einen plötzlichen Herztod Hans-Eberhard Gaus, Kreisvorsitzender von Ostholstein und Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstands im Alter von nur 59 Jahren. Weniger Wochen später verloren wir unseren Kameraden Horst Metzger, den Vorsitzenden der Ortsgruppe Wedel und Mitglied des Kreisvorstands Pinneberg, und Hartwig Baumbach aus Ratzeburg, Mitglied der Schiedskommission . Alle drei wurden mitten aus ihrer politischen Arbeit herausgerissen. Sie gehörten bis zum letzten Atemzug zum Kreis der aktivsten Antifaschisten.

Hans-Eberhard Gaus kam aus Freiburg im Breisgau in den Norden, um hier als Sozialpädagoge zu arbeiten. Schon in Baden-Württemberg hatte er sich als junger Antifaschist in der VVN-BdA engagiert. Im Kreis Ostholstein widmete er sich besonders der Gedenkstättenarbeit im Förderkreis Cap Arcona (Neustadt an der Ostsee) und im Trägerkreis KZ Ahrensbök, wo er mithalf, die KZ-Gedenkstätte aufzubauen. Erst im November vergangenen Jahres konnte er in Lübeck für den Trägerkreis den Preis des Wettbewerbs „Aktiv für Demokratie und Toleranz“



entgegennehmen. An der bewegenden Abschiedsfeier für Hans-Eberhard Gaus in Neustadt nahmen vor allem viele junge Menschen aus der Antifa- und der Umweltschutzbewegung teil, für die er in seiner bescheidenen und besonnenen Art Ansprechpartner und Vorbild war. Auch seine Arbeitskollegen sind tief betroffen – im Heim für behinderte Erwachsene war er unermüdlich für alle tätig. Die Urne von Hans-Eberhard Gaus wurde auf Wunsch der Familie in Freiburg beigesetzt.

Horst Metzger, 1933 in Hamburg geboren, verstarb im Alter von 73 Jahren an einem Krebsleiden. Zusammen mit seiner Frau Gesa trat er Anfang der 80er Jahre im Rahmen einer Antifa-



schistischen Woche in Wedel der VVN-BdA bei. „Alles, was ich über Verfolgung und Widerstand in der Nazizeit weiß, habe ich in der VVN gelernt“, sagte er später. Widerstandskämpfer wie Fritz Bringmann und Peter Gingold wurden seine Vorbilder. Viele Jahre war Horst Vorsitzender der Ortsvereinigung Wedel der VVN-BdA und Mitglied des Kreisvorstands Pinneberg. Aus dem Landesvorstand schied er aus, um auch noch in seinem zweiten politischen Schwerpunkt aktiv sein zu können – der Umweltschutzbewegung. Er war Kreisvorsitzender des Verkehrsclubs Deutschland VCD und auf Landesebene bei PRO BAHN aktiv. Früher Gründungsmitglied der Grünen in Wedel trat er aus dieser Partei aus, als sie ihr Friedensengagement aufgab und den Krieg gegen Jugoslawien mit vorbereitete.

Beispielhaft setzte sich Horst für die Minderheiten in unserer Gesellschaft ein. Zu seiner Trauerfeier erschienen afrikanische Exilanten aus Togo. Einer von dankte ihm am Grab dafür, dass er keinen Unterschied zwischen den Hautfarben machte. „Er war ein Vorbild“, sagte der togolesische Trauergast.

Hartwig Baumbach aus Ratzeburg kam aus einer kommunistischen Familie in Hamburg. Sein Vater Alfred Baumbach wurde bereits 1933 von den Nazis verhaftet und später noch einmal im Jahre 1944. Er wurde im KZ Hamburg-Fuhlsbüttel und in Neuengamme inhaftiert.

Hartwig organisierte sich nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus als Student der Pädagogik in der KPD. Als Lehrer wurde er unter Adenauer und Brandt zweimal mit Berufsverbot bedroht. „Hatto“, wie ihn seine Freunde, Kameraden und Genossen liebevoll nannten, hielt an seiner politischen Überzeugung fest, die sich am Schwur von Buchenwald ausrichtete „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg“. In der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW gehörte er viele Jahre zum Ausschuss Friedenspädagogik. In Bargteheide (Kreis Stormarn) sorgte er mit dafür, dass diese Stadt den Volkstrauertag von einem „Heldenge-



denktag“ zu einer alljährlichen Friedensmanifestation umgestaltete. Die Stadt hat ihn dafür sogar mit einer Ehrenmedaille ausgezeichnet.

Zusammen mit anderen Hamburger VVN-Kameraden verfasste Hartwig Baumbach ein Buch über „Fuhlsbüttel unter dem Hakenkreuz“, in dem er seine Erinnerungen aufzeichnete. Sein

von Anatole France stammender Wahlspruch als Lehrer stand auf der Traueranzeige seiner Frau, unserer Kameradin Inge: „Der Erzieher soll das Kind zwei Dinge lehren – den Frieden und die Arbeit - und ein Ding verabscheuen: den Krieg.“

Termine

2. Mai Mahn- und Gedenkfeier im KZ-Außenlager Wöbbelin
3. Mai 10 Uhr (?) Gedenkstunde am Cap-Arcona-Ehrenmal in Neustadt/Pelzerhaken
5. Mai 14 Uhr „Blumen für Gudendorf" am Ehrenmal in Gudendorf. Anschließend Beisammensein im Gemeindehaus.
8. und 9. Mai ab 10.30 Uhr „1. Ratschlag gegen Rechts"der Gewerkschaft ver.di Landesbezirk Nord, NH-Hotel, Zum Schulacker 1, 19061 Schwerin (bitte anmelden Tel. 0385-6383 204)
12. Mai antifaschistischer Stadtrundgang in Elmshorn (Uhrzeit und Treffpunkt erfragen)
1. bis 8. Juni Aktionstage „Widerstand gegen den G8-Gipfel" im Camp (siehe Artikel)
2. Juni Großdemo in Rostock (Auskunft: www.norden-gegen-g8.info)
8.,15., 22., 29. Mai, 5., 12. Juni „Quickborn unterm Hakenkreuz" (s. Artikel)
9. Juni Landesvorstand der VVN-BdA in DGB-Haus Carlstraße 7, Neumünster

Eine andere Welt ist möglich – notwendig ist sie auf jeden Fall

Vom 6. bis 8. Juni werden sich in Heiligendamm bei Rostock die führenden Vertreter der sieben reichsten Industrienationen und Russland zum sogen. G 8-Gipfel treffen. Die acht Staaten – USA, Kanada, Japan, Deutschland, Frankreich, England, Italien und Russland – verfolgen eine Politik, die sich ausschließlich an den machtpolitischen und finanziellen Interessen dieser Staaten und der internationalen Großkonzerne orientiert.

Dagegen hat sich eine breite Protestbewegung formiert. Sie kämpft für eine Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung, Zerstörung und Krieg – für eine Welt, in der alle Menschen ein würdiges Leben führen können.

Die Friedensbewegung erklär dazu: die Welt steht am Abgrund eskalierender Kriege und Kriegsvorbereitungen. Seit der US-Invasion in den Irak wurden Zigtausend Menschen getötet, Millionen sind auf der Flucht, das Land versinkt im Chaos. In Afghanistan entwickelt sich unter US-Führung wieder ein offener Krieg – und die Bundeswehr ist dabei. Ein Krieg gegen den Iran wird von der US-Regierung vorbereitet, sogar der Einsatz atomarer Waffen wird dabei nicht ausgeschlossen. Wir fordern von der Bundesregierung entschiedene Schritte zur Abrüstung, zur friedlichen Lösung politischer Krisen und zum Aufbau einer gerechten und solidarischen Welt. Und wir verlangen: Spart endlich an der Rüstung.

Unser Protest wird die herrschenden Verhältnisse nicht umwerfen, aber der Gipfel ist eine gute Gelegenheit, unsere grundsätzliche Kritik an der Politik der G 8 zu äußern.

Wir unterstützen die gemeinsame Demonstration am 2. Juni in Rostock.

Kontakt:

▼ Schleswig-Holstein: Marianne Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [mariannewilke@web.de]
▼ Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel [vvn-bda-kiel@gmx.de]
▼ Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg
▼ Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25, 24536 Neumünster
▼ Norderstedt: Siegfried Nieswandt, Kastanienweg 5, 22846 Norderstedt [snieswandt@wtnet.de]
▼ Kreis Pinneberg: Günther Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [guentherwilke@web.de]
▼ Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
▼ Rendsburg/Eckernförde: Hartmut Büchsel, Lusthof 24, 24376 Kappeln [Harmut.buechsel@t-online.de
▼ Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
▼ Dithmarschen: Klaus Looft, Bäckergang 4, 25719 Barlt
▼ Itzehoe: Volker Blaschke, Küstringer Str. 7, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
▼ Wedel: Horst Metzger, Fasanenweg 10, 22880 Wedel [horst.metzger@planet-interkom.de]
▼ Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]

Neofakommission Küste [www.kueste.vvn-bda.de]

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.

☐ Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA. Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
☐ Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von .... Euro*.
☐ Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung
☐ Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.

Name: ....

Adresse: ....

....

....

....

VVN-BdA

Bitte einsenden an:

VVN-Bund der Antifaschisten e.V. - LV Schleswig-Holstein

Lindenstr.9, 24118 Kiel, Telefon: 0431-569353, Fax.: 0431-735046, E-Mail: vvn-bda-kiel@gmx.de

* Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V., Norderstedter Bank EG, BLZ 200 69111, KNR 42 28 00

V.i.S.d.P.: Marianne Wilke; Satz und Druck: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung in Schleswig-Holstein und Hamburg, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040-43188820